

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

11.1.1873 (No. 9)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

9.

ersch. täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 M. 15 Kr., durch die Post bezogen
2 M. 50 Kr. vierteljährlich.

Samstag 11. Januar

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile über deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Bestellungen auf unser Blatt werden fortwährend von allen Postanstalten und Landpostboten angenommen.

Chislehurst, 9. Jan. Kaiser Napoleon ist heute Mittag 12^{1/2} Uhr verschieden.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 7. Januar.

Erster Gegenstand der Verathung ist der Etat des Ministeriums des Innern.
Abg. Vasker: Als er vor den Ferien den Antrag des Abg. Dr. Windthorst auf Abhebung dieses Etats von der damaligen Tagesordnung unterstützt habe, sei er besonders von dem Bestreben geleitet gewesen, das umlaufende Gerücht von der Bedrohung der Landräthe, welche gegen die Kreisordnung gestimmt, zur Sprache zu bringen. Da nicht sofort zu erkennen gewesen, ob Jemand persönlich für diesen Schritt verantwortlich sei, so habe er geglaubt, erst Nachforschungen anstellen zu müssen. Da nunmehr ihm die Ueberzeugung geworden, daß kein Mitglied des Hauses wegen seiner Abstimmung bedroht worden sei, so lasse er den Gegenstand fallen. Dagegen habe sich während der Ferien ein anderes Ereigniß zugetragen, das vor dem Forum der Landesvertretung besprochen zu werden verdiene, die unerwartete Wandlung im Ministerium. Der Umstand, daß ein Mann, wie Fürst Bismarck, von der formellen Leitung des Ministeriums zurücktritt, sei schon an sich von so großer historischer Bedeutung, daß gewiß das lebhafteste Verlangen besteht, was wohl die Motive hierzu sein mögen. Selbst die Presse, welche man sonst wohl als zuverlässig bezeichnen könne, sei diesmal mit ihren Mittheilungen über diesen Gegenstand völlig in Widerspruch gerathen. Der fernere Umstand, daß diese Wandlung nicht in der durch die amtliche „Provincial-Corr.“ angekündigten Weise vollzogen, sondern daß an die Stelle des Fürsten Bismarck Graf Roon zum Ministerpräsidenten ernannt worden, rege ebenfalls mancherlei Bedenken an. Er sei nicht sonderlich beunruhigt durch diese Vorgänge, denn er vertraue dem Zwang der Verhältnisse, welcher stärker sei, als die Opposition einzelner Personen. Aber im Volke seien unstillbare Besorgnisse dadurch wach geworden, daß derselbe Minister, welcher der Kreisordnungsreform bis zur Einreichung eines Entlassungsgesuchs opponirte, mit dem Vorsteher im Staatsministerium betraut worden ist, und er halte es für nöthig, daß die Regierung durch eine Erklärung, welche sie der Volksvertretung macht, diese Besorgnisse zerstreue. Besser würde dies freilich noch durch solche Handlungen geschehen, welche zeigten, daß man auf der bisherigen Bahn der Politik fortzöge.

Minister des Innern Graf v. Eulenb. meint, er könne die verlangte Erklärung dem Ministerpräsidenten überlassen, will aber doch einige Worte zur Beruhigung sagen. Der Beweggrund des Fürsten Bismarck basire einzig und allein auf der Unmöglichkeit für denselben, die verschiedenen Geschäfte, die ihm oblagen, mit der nöthigen und an ihm gewohnten Gründlichkeit zu erledigen. Deshalb habe derselbe um Entlassung gebeten, die ihm der Kaiser durch seine Verbindung von dem Vorsteher im Staatsministerium gewährt habe. Damit das Publicum aber nicht glauben sollte, daß der Fürst der preussischen Regierung gegenüber eine zurückhaltende Stellung einnehme und sich von derselben zurückziehe, was durchaus nicht seine noch Sr. Majestät Absicht gewesen, habe derselbe proponirt, durch Beibehaltung des Ministeriums des Auswärtigen mit der preussischen Staatsregierung im Zusammenhang zu bleiben, so daß das Ministerium nicht aufhören würde, im wahren Sinne des Wortes ein Ministerium Bismarck zu sein. In dieser Weise habe sich die Umgestaltung des Ministeriums vollzogen. Daß der älteste Minister Graf Roon zum Ministerpräsidenten ernannt sei, ändere an dieser Sachlage durchaus nichts; Sr. Majestät habe dies für zweckmäßig erachtet. Wenn man davon überzeugt sei, daß der Fürst in seinem Verhältnis zum Ministerium bleiben wird, was er war, dann seien die Bedenken einseitigen zurückzudrängen. Warten Sie gefälligst auf Acte der Regierung — darin stimme ich dem Vorredner zu — und dann urtheilen Sie. Ich hoffe, Sie werden noch in dieser Session Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß das Ministerium dem Staate die Stellung sichern wird, welche er seiner Vergangenheit und dem deutschen Reiche schuldet.

Abg. Dr. Virchow erklärt sich durch die Aeußerungen des Ministers für durchaus nicht befriedigt. Es wäre besser gewesen, wenn der neue Ministerpräsident selbst sich über die Angelegenheit geäußert hätte, da zu fürchten sei, daß der Minister des Innern möglicherweise ebenso dementirt werden könne, wie f. B. die „Provincial-Correspondenz“ vom „Reichsanzeiger“. (Heiterkeit.) Graf Roon habe sich niemals als bloßer Strohmann gezeigt; er habe immer eine sehr selbstständige Meinung gehabt, unbekümmert um seine Collegen; es sei bekanntlich von ihm nicht mit Unrecht gesagt worden, daß er der Keil gewesen sei, welcher das Ministerium der neuen Aera sprengte. Wie denke nun der Minister des Innern die Kreisordnung durchzuführen, der Graf Roon bekanntlich feindselig gegenüberstand? Werde er sich dem Einflusse des Ministerpräsidenten entziehen können? Es sei sogar denkbar, daß der jetzige Ministerpräsident bestimmt sei, dementirt den Posten des Reichszanzlers einzunehmen. Man hätte deshalb wohl erwarten können, daß das Gesamtministerium mit einem vollständigen Programm vor das Haus getreten wäre, damit man in der Lage gewesen wäre, sich über die

Stellung, die man demselben gegenüber einzunehmen habe, klar zu werden. Jedenfalls werde Redner und seine Freunde auf dem Posten sein, da es ihm unmöglich sei, anzunehmen, daß Graf Roon, der wegen der Kreisordnung seine Entlassung erbeten habe, jetzt plötzlich anderer Ansicht geworden sei.

Der Minister des Innern hält den Seitenhieb auf die „Provincial-Correspondenz“ für sehr ungerechtfertigt. Wenn die „Prov.-Corr.“ am Mittwoch gedruckt werde, so könne sie nicht über Vorgänge berichten, die am Donnerstag eintreten (Gelächter). Das Urtheil des Vorredners über die Stellung des Grafen Roon zur Kreisordnung treffe nicht zu. Selbstverständlich könne nicht jeder Minister über die Tragweite jedes Paragraphen eines weitläufigen Gesetzes so genau unterrichtet sein, wie der Minister, in dessen Ressort das Gesetz fällt, und so habe dem Grafen Roon die Kreisordnung anfangs ferner gelegen. Erst als ihre Durchführung auf die bekannten Schwierigkeiten stieß, unterzog er sie einer genaueren Prüfung, und ich darf Sie positiv versichern, daß er ihr in der Gestalt, in welcher sie zum Gesetz geworden ist, voll und ganz zugestimmt hat. Sein Abschiedsgesuch hing nicht mit der Kreisordnung zusammen, sondern war begründet durch persönliche Verhältnisse, die ich zum Theil nicht kenne, zum Theil hier nicht erörtern kann. Diese persönlichen Schwierigkeiten sind beseitigt. Graf Roon war auch nicht principiell gegen die Verstärkung des Herrenhauses, sondern nur über die Zahl der neu zu ernennenden Mitglieder hatte er eine abweichende Ansicht. Ich bitte Sie noch einmal, verlangen Sie kein Programm, sondern warten Sie unsere Maßregeln ab.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen): (Stenogramm.) Meine Herren! Ich weiß nicht, ob es vielleicht daran liegt, daß es heute im Hause auffallend dunkel ist, jedenfalls bin ich durch alle die Erklärungen, die hier gegeben sind, gar nicht erleuchtet. Die Veränderungen, die im Ministerium stattgefunden haben, m. H., haben mich vollkommen kalt gelassen, haben mich nach keiner Richtung hin bewegt, denn ich habe mir selbst nach keiner Richtung hin etwas denken wollen. Ich würde darum auch gar keine Veranlassung gehabt haben, in irgend welcher Art an dieser Discussion mich zu betheiligen, wenn nicht der Hr. Abg. Vasker und der Hr. Abg. Virchow eine mir fast unerklärliche Aengstlichkeit und Beunruhigung gezeigt hätten. (Heiterkeit.) Diese Beunruhigung könnte vielleicht einige Erklärung finden in dem Datum der Veränderungen, welche stattgefunden haben. Der 21. December ist der Tag der Sonnenwende, und man könnte denken, es wäre eine Wendung eingetreten, um endlich aus den düsteren Jahrgängen unserer inneren Politik herauszukommen. Diese Furcht scheint die Herren zu beherrschen. In dem Datum der 21. Dec. ist auch der Gedächtnistag des hl. Apostels Thomas des Zweiflers (Heiterkeit), und darum, m. H., sage ich Ihnen, darin liegt für Sie ein sehr großer Trost, denn es bleibt der Zweifel begründet, ob wirklich die Wendung, welche ich übrigens begrüßen würde, eintreten wird oder eingetreten ist. Endlich aber ist vielleicht für Alle noch ein Trost in dem 21. December, der 21. December ist nämlich der kürzeste Tag, m. H. (Wiederholte Heiterkeit.) Ich will wünschen, daß die Neubildung des Ministeriums nicht so erwünscht, wie dies dem kürzesten Tage an sich trägt. Uebrigens will ich, da die Sache einmal zur Sprache gekommen ist, doch bemerken, daß die fraglichen Vorgänge nach meiner Ansicht eine große Bedeutung haben. Von einem Programme will ich gar nicht sprechen, m. H.! Man kann wunderschöne Programme schreiben; es kommt darauf an, was davon gehalten wird. Außerdem ist es in der That im gegenwärtigen Momente und bei der Lage der inneren Politik gar nicht möglich, ein festes, klares Programm aufzustellen für lange Zeit — und das wollen doch die Herren (auf die Linke deutend), um zu erweisen, ob sie offene Opposition machen sollen; ich würde sie jedenfalls machen, das hat uns Hr. Dr. Virchow so ziemlich deutlich gesagt. Deshalb würde ich es bedauern, wenn das Ministerium mit einem Versuche der Art irgendwie seine Zeit vergeudet. Sodann haben wir eine Art Programm in der „Provincial-Correspondenz“ bereits gesehen, die mindestens das Verdienst hat, dann und wann recht hübsche Strohmannereien zu liefern — klare Inhalte! Dann aber — so sehr es anzuerkennen ist, daß die Krone die unbedingte Berechtigung in der Wahl der Personen hat — weshalb ich meines theils mich auch jeder Aeußerung über Personen, die berufen oder entlassen sind, enthalte — (Aha! links) entsteht die Frage, ob wir nicht darauf Bedacht nehmen müssen, uns klar bewußt zu werden, wie denn eigentlich das Staatsministerium componirt werden muß, und welche Stellung darin der Präsident zu nehmen hat; denn sonst könnten wir nach den Erfahrungen mit dem Patrischub unter Umständen erleben, auch einen Ministerschub zu bekommen. (Heiterkeit.) M. H., die Sache ist sehr ernst! Der Hr. Abgeordnete Dr. Virchow hat bereits auf die Verantwortlichkeitsfrage hingewiesen, die ist das Einzige, glaube ich, worauf die Volksvertretung in einem Momente der Neubildung jetzt zu achten hat. Wenn nachher die Thaten des neuen Ministeriums kommen, wird sich das Weitere finden! Aber wenn es zulässig ist, zunächst, daß in das Staatsministerium ein Minister geschickt wird für viele und die wichtigsten Dinge — der Staatsminister Delbrück — dessen Aufgabe für das preuss. Staatsministerium in keiner Weise definit ist, der niemals hierherkommt, von dessen Thätigkeit und Verantwortlichkeit wir gar nichts wissen (Sehr richtig! links), wenn dann der Vorsitz im Ministerium geändert wird, und die „Provincial-Correspondenz“ uns heute sagt, der leere Ministerstuhl Bismarcks werde fortfahren, das Präsidium zu führen, und übermorgen uns einen neuen Ministerpräsidenten bringt, mit einem Adlatz, von dem wir wieder nicht wissen, wie dessen Stellung im Staatsministerium sein soll, und von dem wir nicht

wissen, wie die Verantwortlichkeit dessen, von dem er der Adlatz ist, zu seiner Verantwortlichkeit sich verhält, ob er voll und ganz für das Ministerium des Krieges eintritt, oder ob die Verantwortlichkeit bei dem Grafen v. Roon bleibt, — dann ist es Zeit, die organische Einrichtung des Staatsministeriums in's Auge zu fassen und sich darüber klar zu werden, ob wir in der Hinsicht nicht Anträge zu stellen haben. (Sehr wahr! links.) Diese Frage lassen Sie uns erwägen — ernst und besonnen! die anderen Geschichten lassen Sie für jetzt bei Seite; dazu wird die Gelegenheit wohl auch kommen! Ich bin leider überzeugt, Hr. Dr. Virchow kann sich beruhigen; er wird Gelegenheit genug haben, noch kirchliche Reden zu halten. Wenn wir uns mit der Frage der organischen Einrichtung des Staatsministeriums beschäftigen, werden wir auch dazu beitragen können, klar zu stellen, wie eigentlich das Verhältnis des preuss. Staatsministeriums zu der Leitung und Regierung des Reiches sich verhält. Ich habe diesen Punkt hier bis jetzt nicht näher zur Sprache gebracht, und zwar deshalb nicht, weil ich mir sagen mußte, bei dem Werden der Dinge ist es unthunlich, sofort volle Klarheit zu haben, und ferner, wenn der Mann, der im Reiche die Leitung hat, unzuverlässig, namentlich auch formell, verantwortlich die Leitung im preuss. Staate hat, so haben wir immer im Abgeordnetenhause, wie im Reichstage, den nur verantwortlichen Minister vor uns. Nachdem er uns aber hier jetzt zum guten Theil in seiner Verantwortlichkeit entrückt ist, kann ich das bisherige Schweigen nicht mehr fortsetzen und muß absolut darauf dringen, daß wir in der Hinsicht volle Klarheit gewinnen. Wenn es wirklich Ernst wäre mit den Veränderungen im Ministerium, wenn es in der That nicht lediglich um eine andere Geschäftsvertheilung sich handelte, um eine Einrichtung, die eine Erleichterung in der Manipulation der Geschäfte für den Fürsten Bismarck mit sich führt, dann würde es allerdings sehr die Frage sein, ob bei einer Einrichtung, wie der zuletzt getroffenen, Preußen noch das Präsidium im Reiche hat; dann würde es vielmehr sehr den Anschein gewinnen können, als ob das Präsidium des Reiches von Preußen auf einen einzelnen Mann übergegangen wäre. Diese Seite der Sache ist außerordentlich weittragend. Das Abgeordnetenhause allein kann die einschlagenden Fragen auch gar nicht lösen, es wird die Reichsautorität und die Reichsgewalt dabei mitzuwirken haben. Die Hauptfrage ist jetzt aber aufgeworfen, und sie muß erörtert und gelöst werden. Ich habe nicht geglaubt, daß es heut schon an der Zeit sei, auf diese Dinge zu kommen, und bin darum nicht vorbereitet, bestimmte Anträge u. s. w. anzukündigen. Aber es ist doch gut, daß bei Zeiten die Sache zur Sprache gekommen ist, damit wir Alle darüber nachdenken, und damit auch die Wissenschaft und die Presse im Stande ist, diese Gesichtspunkte näher zu erwägen. Das wird fruchtbarer für die Entwicklung unseres Landes sein, als der ewige Streit um kirchliche Fragen.

Dem Abg. v. Kardorf wird über alle Bedenken, welche die in Rede stehenden Vorgänge in ihm erregen, glücklich hinweggeholfen durch das unerschütterliche Vertrauen zu der Regierung, welche nach seiner Ansicht unbedingt zum Heile Deutschlands wirksam sein wird und muß. Er fällt demnach gar kein Urtheil, sondern wartet getroßt die Thatfachen ab.

Abg. Heise hält es für inconstitutionell, über die Veränderungen im Ministerium zu debattiren, da nach der Verfassung dem Könige die Wahl und Ernennung seiner Minister vollständig freistehe, eine Kritik darüber dem Hause also durchaus nicht zustehe.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. (Germ.)

Deutschland.

* Karlsruhe, 9. Jan. Die Abwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen Roon von der Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher es sich um das Programm des neuen Ministeriums handelte, hat das Mißfallen der Nationalliberalen in hohem Grade erregt. „Daß der neue Ministerpräsident weder selbst erschienen war, noch sein Erscheinen und seine Erklärung über den Wechsel an der Spitze des Ministeriums für eine spätere Sitzung des Hauses ankündigen ließ“, äußert die „Köln. Zeitung“ sehr verstimmt, „paßt freilich zu der Unfertigkeit des preussischen Verfassungslebens.“ Der Liberalismus geht aber noch weiter: das unzweifelhafte Recht des Monarchen, seine Wahl in Betreff der Personen seiner Minister zu treffen, wie ihm dies geeignet scheint, was der conservative Abgeordnete Heise nachdrücklich betonte, wird von demselben liberalen Organ für ein „abgestandener Satz“ erklärt, der sich in der Praxis ganz anders ausnehme, als in dem buchstäblichen Sinn, in dem ihn Herr Heise verstehen wolle. Ja, ja, es ist Zeit, daß der Liberalismus endlich die politische Loyalitätsmaske fallen und zwischen den Zeilen herauslassen läßt, daß die Monarchen nur dann das Recht haben, ihre Minister zu wechseln, wenn die Neuernannten den Liberalen gefallen und ihnen in Allem den Willen thun; daß es aber abgestandene Theorien sind, und wenn sie hundertmal verfassungsmäßig verbiest sein sollten, wenn die Fürsten meinen, ihre Wahl auch nach eige-

nem Geschmack einmal treffen zu können. Wir haben hier den zweiten Fall in kurzer Zeit bereits vor uns, wo der Wille des Monarchen vom Liberalismus nicht geachtet wird; der erste spielte in Bayern, als der König Herrn v. Gasser berufen wollte und durch das Geschrei des vulgären Liberalismus davon abwendig gemacht wurde, der sogar mit einer Reichsintervention drohte, wenn der König auf seinem Willen beharren sollte. Aus solchen Beispielen ersehen wir auf's Unzweideutigste, daß der Liberalismus seine Loyalität nicht den Königen, wie er heuchlerisch vorschützt, darbringt, sondern lediglich sich selbst, insofern er den Fürsten nur als den Executor seiner Beschlüsse ansieht. Dieses abhängige Dienstverhältnis der Regierungen vom Liberalismus wird noch deutlicher in dem weiteren Satze der „Köln. Zeitung“ ausgedrückt: „Die liberalen Fractionen theilen die Ansicht, die der Abg. Lasker äußerte, daß die Macht der deutschen Verhältnisse in Preußen auch ein conservatives Ministerium auf dem Wege verständiger Reformen festhalten wird. Ein plötzlicher Umschwung zu einem reformfeindlichen, insbesondere zu einem in den kirchenpolitischen Fragen schlaffen und nachgebenden Regimente ist in Preußen schon deshalb unmöglich, weil Preußen dadurch seine Stellung im Reiche in bedenklichster Weise gefährden würde.“ Da liegt der Haas im Pfeffer, — in den kirchenfeindlichen Kreisen hat man jetzt schon Angst, daß Graf Roon vermöge seiner conservativeren Anschauungen Anwandlungen bekommen könnte, die kirchlichen Streitigkeiten fallen zu lassen, also ein Capitalverbrechen gegen den Geist des Liberalismus zu begehen, der aus diesen Kämpfen seine einzige Nahrung und Lebensexistenz saugt. So wenig wir glauben, daß diese Eventualität eintreten wird, da Graf Roon, wenn wir recht unterrichtet sind, in kirchlichen Dingen nicht minder starr der katholischen Kirche gegenüberstehen soll wie Fürst Bismarck selbst, so ist es doch immerhin interessant zu beobachten, wie der katholikenwüthige Liberalismus schon von vornherein dem neuen Ministerpräsidenten mit drohendem Finger entgegentritt und dem altpreussischen Conservatismus des Grafen Roon Gefahren für Preußens Stellung im Reiche vorspielt, die zu lächerlich sind, als daß sie weiterer Zurückweisung bedürftig wären. Der gesunde Menschenverstand gibt es vielmehr von selbst ein, daß gerade umgekehrt die Stellung Preußens eine unüberwindlich feste im Reiche werden müßte, wenn es durch eine Politik der Billigkeit, der Parität und der Versöhnung die Katholiken an die neue Gestaltung der Dinge fesseln und damit der nachhaltigsten und durch gewaltsame Mittel nicht bezwinglichen Opposition derselben die Spitze abbrechen würde. Damit würde es ein wahrhaft conservatives Element für die neue Gestaltung der deutschen Dinge erhalten, dessen es so dringend bedarf, ohne daß durch dasselbe notwendigen, der Zeit und den Verhältnissen entsprechenden Reformen auf politischem Gebiete Hindernisse entgegengesetzt würden. Indessen darf sich der Liberalismus beruhigen, — Angesichts der neuen Vorlagen auf kirchlich-politischem Gebiete und des unparitätischen Motivs, das zum Falllassen der obligatorischen Civilehe Veranlassung gegeben hat, ist an eine solche weise Politik in Berlin nicht zu denken, — der Kampf muß also weiter gekämpft werden und die finsternen Mächte des Umsturzes werden an der gegenseitigen Zerfleischung von Staat und Kirche nicht bloß ihre helle Freude, sondern im richtigen Moment auch ihren ausschließlichen Vortheil haben.

* Karlsruhe, 10. Jan. Im „Trompeter von Säckingen“ lesen wir, daß „einzelne hohe Herren den Bauern und Landleuten bei Gelegenheit von Dienstreisen gelehrte Vorlesungen über den Sylabus, die Beichte u. s. w. halten.“ Wir meinen, wenn man den Geistlichen durch ein besonderes Reichsgesetz — den Kanzelparagraphen — das Politisieren in ihren Amtsverrichtungen verboten hat, es nicht mehr als billig wäre, wenn man wenigstens durch eine einfache Ministerialverordnung den Beamten das antikirchliche Propagandamachen in ihren Dienstgeschäften verbieten würde. Einstweilen aber, bis eine solche Verordnung getroffen ist, geben wir den Leuten den Rath, derartige kirchliche Belehrungen, wenn sie wirklich vorkommen sollten, mit aller Entschiedenheit als nicht zur Sache gehörig zurückzuweisen. Dazu haben sie nicht bloß ein gutes Recht, sondern es steht ihnen auch die Zusicherung des Reichskanzlers wie des badischen Ministeriums zur Seite, daß man staatlischerseits gar nicht die Absicht habe, sich in rein kirchliche Dinge einzumischen.

P Schwetzingen, 7. Jan. Ohne von dem Reichsgesetz wie die Jesuiten zur Flucht gezwungen zu sein, hat sich „Bruder“ Perpente plötzlich aus dem

Staub gemacht. Eine freundliche Decembernacht begleitete den „Aermsten“ über die Grenzen gen Basel, wo ihn Einige am Bahnhof gesehen haben wollen, während er der Aufmerksamkeit der Polizei entging. Andere wollen ihn in Bremen „beinahe“ erwischt haben lassen. So wenig ihm auch seine Einarmigkeit zur Flucht behülfflich sein konnte, so hat es muthmaßlich eine Tarnkappe gegeben, über deren Verbleib vielleicht dieser oder jener Sohn Hirams Aufschluß zu geben im Stande wäre. An liberaler Gesinnungstüchtigkeit hat es dem Flüchtigen nicht gefehlt und auch beim gemüthlichen Zweckessen mit Champagner wußte er manche Bedenken zu verschweigen; jedenfalls ist so viel sicher, daß er über die Revision der ihm anvertrauten Klasse mit Leichtigkeit hinweggetragen wurde. Wie schade, daß kein Jesuit gethan hat, was Perpente that! Die ganze Geschichte bringt überhaupt bedeutungsvolles Licht in die fortschrittliche Musterwirtschaft, für welche die Katholiken um so weniger Anlaß zu Sympathien haben, als man ihren Wünschen, wie aus Folgendem erhellt, keineswegs freundlich entgegengekommen ist. Als die Katholiken hier für eine Glocke sammelten und freiwillig ihre Einquartierungsentschädigung dafür hergaben, wobei auch Protestanten in edler und wahrhaft toleranter Gesinnung beihalfen, ärgerten sich die Herren im „wildem Mann“ halb todt und wußten einen Gemeinderathsbeschuß durchzusetzen, wonach die Katholiken keine Glocke aufhängen durften, es sei denn, daß sie der Gemeinde und nicht ihnen gehörte. Kurz darauf macht Spejel Perpente einen Strich. Böse Zungen meinen, es sei gut, wenn er nicht mehr komme, er könnte auch manch' Anderen sonst in's Pech bringen. Item: Bildung macht frei und reif und reif sein ist Alles, hat sich auch hier wieder bewährt; denn

Recht lustig selbender durch's Leben zu fliegen, Ist ein Ultramontaner viel zu schwer.

Frankfurt, 8. Jan. Die Veränderungen im preussischen Staatsministerium sind gestern im Abgeordnetenhaus, das nach Ablauf der Weihnachtsferien seine Sitzungen wieder aufnahm, zur Sprache gekommen. Die Art und Weise, wie das geschah, ist wiederum im höchsten Maße bezeichnend für die Gesamtlage unserer innern Politik. Von Seiten des Ministeriums setzt man sich über die Verpflichtung, Aufschlüsse zu geben, hinweg. Fürst Bismarck theilt in einem Schreiben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses in geschäftsmäßiger Kürze mit, daß er vom Voritze des Staatsministeriums entbunden sei, Graf Roon zeigt ebenso lakonisch an, daß General von Rameke zum Staatsminister ernannt worden sei. Das ist Alles, was das Abgeordnetenhaus über die vorgegangene Veränderung officiell zu hören bekommen soll. Der neue Ministerpräsident erscheint gar nicht in der Sitzung. Er stellt sich nicht dem Hause in seiner neuen Würde vor, er gibt keinen Commentar zu der dürren schriftlichen Anzeige, die er von seinem Ministerhotel aus dem Kammerpräsidenten zufertigen ließ. Die Vertretung des Landes wird vom Ministerium zur Erklärung der jüngsten Vorgänge auf dieselben Quellen verwiesen, wie das große Publicum. Die Abgeordneten mögen die betreffenden Cabinettsordres und die officiösen Rundgebungen studiren und sich einen Reim daraus zu machen suchen. Sie mögen in das Armeeverordnungsblatt beziehentlich in den Reichs- und Staatsanzeiger sich vertiefen, sie mögen die widerspruchsvollen Artikel der „Prov.-Corr.“ und den Commentar, den der „R.-u. St.-Anz.“ dazu gab, einer eifrigen Lectüre unterziehen, — sie mögen selber ihre Combinationen daraus ziehen — das Staatsministerium hat mit der simplen Notificirung für sie genug gethan. Wir wußten in der That keinen constitutionellen Staat, der doch Preußen wenigstens äußerlich sein will, in dem ein solches Verfahren Brauch wäre, und in dem, wenn einmal ausnahmsweise ein solches Verfahren einträte, nicht der stärkste Lärm darüber erhoben würde. Was aber das Traurigste ist, — in der preussischen Volksvertretung scheint nur ein sehr schwaches Gefühl davon zu existiren, daß eine solche zugeknöpste und militärisch kurz angebundene Haltung der Würde der Kammer sehr wenig entspricht. Man verlangt nicht, daß der Ministerpräsident in Person erscheine und Erläuterungen zu seiner lakonischen Mittheilung gebe, man setzt die Verhandlungen nicht aus, man geht zur Tagesordnung über und nur beiläufig, bei der Berathung des Stats des Ministeriums des Innern, bricht die verletzte Empfindlichkeit durch. Aber auch hier, wie zahm, wie resignirt klingt der Ton, in welchem die vornehme Zurückhaltung des Feldmarschall-Kriegsministers-Ministerpräsidenten kritisiert wird! (Frkf. Btg.)

Berlin, 7. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat heute seine Thätigkeit wieder aufgenommen, war aber wieder nicht beschlußfähig. Auf der Tagesordnung stand die Berathung über den Staatshaushalts-Stat. Man war vorher dahin übereingekommen, diese Gelegenheit zu einer Anfrage über die den oppositionellen landrätlichen Abgeordneten erteilte Verwarnung und über die jüngsten Veränderungen im Staatsministerium zu benutzen. Hr. Lasker machte auch einen kühnen Anlauf, fiel aber plötzlich aus der Rolle, indem er von dem ersten Thema abschwenkte, und zu der im Ministerium stattgefundenen Bewegung überging. Anstatt jener die Unabhängigkeit der Abgeordneten so nahe berührenden Sache ernstlich auf den Grund zu gehen, beschränkte sich der sonst so waghalsige Abgeordnete darauf, von dem anwesenden Minister die fernere Auskunft über die Bedeutung der im Ministerium vor sich gegangenen Veränderungen zu fordern. Dabei ließ Hr. Lasker deutlich durchblicken, daß er und die Seinigen immer noch von einer blinden Vertrauensseligkeit gegenüber der Person des Fürsten Bismarck erfüllt seien, und daß ihre ganze Sorge sich nur um das Ausscheiden des Letzteren aus dem Präsidium des Ministeriums drehe. Von der Verfolgung, welche die Presse inzwischen erfahren hat, war keine Rede, und ebenso wenig wurde der Einschub eines Generals in das Ministerium urgirt, obgleich dadurch der Einfluß des militärischen Elementes im Ministerium doch sehr bedeutend zugenommen hat, während das militärische Element von ihm naturgemäß ganz fern gehalten werden sollte, da das preussische Ministerium und der preussische Landtag ja mit militärischen Dingen gar nichts mehr zu thun haben. Dieser höchst oberflächlichen Behandlung einer so wichtigen Sache entsprach die Antwort des Ministers des Innern vollständig, obgleich er nur das wiederholte, was wir über dieses Thema in der „Provincial-Correspondenz“ und im „Staats-Anzeiger“ schon gelesen haben. Dabei hatte der Minister es sich nebenher auch zur Aufgabe gestellt, die Widersprüche zwischen den beiden halbamtlichen Organen möglichst auszugleichen. Neu in der Erklärung des Ministers war nur die Mittheilung, daß Graf Roon weder die Kreisordnung, noch den Pairschub im Princip bekämpft habe. Nur die Art der Ausführung des Pairschubs hätte Differenzen im Ministerium erzeugt, in denen der Anlaß zu dem vom Grafen Roon eingereichten Entlassungsgesuche liege. Das stimmt zu der Mittheilung, die ich Ihnen schon vor mehreren Wochen über die Motive des vom Grafen Roon geforderten Abschiedes gemacht habe. Damals schrieb ich nämlich, daß der entscheidende Beschluß über den Pairschub ohne die Hinzuziehung des Grafen Roon gefaßt worden sei, und daß Letzterer deshalb seine Demission verlangt habe. Wie Graf Eulenburg heute versicherte, ist diese Differenz jedoch jetzt ausgeglichen, und herrscht im Ministerium nunmehr die vollste Eintracht. Fürst Bismarck hätte sich danach in das neue Subordinationsverhältnis gefunden, während das Haupt des Cabinets ganz der Direction des Fürsten folge. Es wäre also Alles, von den Formfragen abgesehen, beim Alten geblieben, und den Beweis dafür werde die gegenwärtige Session liefern. Damit wollte Graf Eulenburg augenscheinlich auf das Vorgehen gegen die katholische Kirche, speciell auf die leider in naher Aussicht stehenden Gesetz-Entwürfe anspielen, welche die Disciplinar-Gewalt der höhern katholischen Geistlichen beschränken sollen und die bekannten Vorschriften über die Ausbildung der katholischen Geistlichen enthalten. Das Nähere darüber wissen wir aus dem Moniteur des Hrn. Dr. Falk, der „Spen. Btg.“ Daß das Ministerium Roon in diesen Dingen eben so denkt wie das Ministerium Bismarck, habe ich schon vor mehreren Tagen ausgesprochen. Was aber hat der Liberalismus mit einer Knebelung der katholischen Kirche gewonnen? Seiner Sache wird es nicht zum Vortheil gereichen, wenn er auch noch so eifrig an der Beschränkung der Rechte der katholischen Kirche mitwirkt. (R. V. B.)

Berlin, 7. Jan. Die heutige Plenarsitzung des Hauses der Abgeordneten, die erste nach den fast dreiwöchigen Weihnachtsferien, war in jeder Hinsicht interessant. Zunächst sah das Haus schon bei Eröffnung der Sitzung Landboten auf ihren Plätzen, die sonst erst spät sich zu zeigen pflegen, voran die Häupter der liberalen Partei: v. Hennig, Miquel, „unser“ Braun, v. Bennigsen, ja sogar Dr. Wehrensperg. Daß Lasker auf seinem Platze war, bot nichts Merkwürdiges dar, da er stets sehr pünktlich ist. Vom Fortschritt sah man Duncker, Dr. Loewe und Dr. Bachow. Woher die seltene Erscheinung? Auf Veranlassung der „Wandelung in

der Regierung" stand eine große Action bevor. Präsident v. Jordanbeck bewilligte heute nicht bloß das übliche akademische Viertel, sondern eine ganze halbe Stunde, ehe er das Zeichen zur Eröffnung gab. Die gruppenweise geführte Unterhaltung verfuhr amte, die Einzelnen nahmen ihre Plätze ein: es herrschte Ruhe. Unter den geschäftlichen Mittheilungen vor Eintritt in die Tagesordnung interessirte namentlich die, daß der Abg. Landrath Jansen (Heinsberg) sein Mandat „aus Gesundheitsrückichten“ niedergelegt habe. „Er hat recht gethan“, meinten Manche. Ferner ersuchte der Präsident den Schriftführer, „verschiedene vom Staatsministerium eingegangene Schreiben“, wie er weiter betonte, „nach der Zeitfolge“ zu verlesen: es waren die auf den Ministerwechsel bezüglichen Schreiben. Dann erfolgte der Eintritt in die Tagesordnung, die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern, und damit die große Action, eröffnet natürlich von Laster. Ihm erwiderte der Minister des Innern, Graf Eulenburg, bei dessen Auslassungen sich eine auffallende Unsicherheit in der Sprache kundgab. Während der Minister sonst stets „elegant“, wenigstens fließend spricht, stotterte er dies Mal förmlich. Dann folgten Dr. Birchow, abermals der Minister des Innern, Dr. Windthorst (Meppen), der unvermeidliche v. Kardorff und endlich der „neusilberne“ Heise. Ich berühre die verschiedenen Erklärungen hier nicht, da dieselben ja an anderer Stelle zur Kenntniß Ihrer Leser gelangen; ich möchte hier nur aussprechen, daß Dr. Windthorst (Meppen) den Nagel auf den Kopf traf durch die Ausführung, daß die Volksvertretung nur nach der Verantwortlichkeit zu fragen habe. Allseitige Zustimmung wurde ihm zu Theil, ein Beweis, daß er das Richtige getroffen hatte. Nach dem Schlusse der großen Action, die übrigens nicht so hitzig verlief, wie man hoffte und angekündigt hatte, verdufteten Manche, und alle Aufmerksamkeit war dahin. Bei der schließlichen Auszählung des Hauses ergab sich, daß nur 195 Mitglieder anwesend, die beschlußfähige Zahl also nicht vorhanden war. Also trotz der langen Ferien ein unterbrochenes Opferfest. (K. B. B.)

Berlin, 7. Jan. Ueber die Aenderungen im Staatsministerium ergreift jetzt der „Staats-Anz.“ das Wort. Der betr. Artikel lautet:

„Die mittels allerhöchster Ordre vom 1. Januar d. J. erfolgte Berufung des nunmehrigen General-Feldmarschalls Grafen v. Koon zum Präsidenten des königl. Staatsministeriums wird vielfach so aufgefaßt, als sei in derselben ein Widerspruch mit der durch die allerhöchste Ordre vom 21. v. M. getroffenen Bestimmung zu finden, nach welcher der Vorsitz im Staatsministerium im Allgemeinen an den ältesten Staatsminister übergehen sollte. Es wird behauptet, daß bei Erlaß dieser Bestimmung die Berufung des Grafen v. Koon zum wirklichen Ministerpräsidenten noch keineswegs in Aussicht genommen gewesen sei. Diese Annahme findet eine anscheinende Stütze in den Aeußerungen der „Provincial-Correspondenz“ vom 27. Dec. v. J. und vom 2. d. M. Das den amtlichen Kreisen nahe stehende Blatt hatte in der früheren Aeußerung die Bedeutung der neuen Regelung mit voller Berechtigung dahin angegeben, daß der Geist und die Richtung der Politik des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck auch nach der Niederlegung des Präsidiums des Staatsministeriums Seitens desselben in dem preuß. Ministerium maßgebend bleiben werde. Zur Bestätigung dieser Antikündigung glaubte die „Prov.-Corr.“ auch auf die Fassung der Allerhöchsten Ordre vom 21. v. M. hinweisen zu dürfen, nach welcher nicht ein Anderer persönlich zum Ministerpräsidenten ernannt worden sei, weil eben nicht ein Ministerium unter anderem Haupt und Namen an die Stelle des Ministeriums Bismarck treten sollte. Diese Deutung ist, wie die „Prov.-Corr.“ selbst in der Nummer vom 2. d. M. constatirt hat, durch die Allerhöchste Ordre vom 1. d. M. hinwiegend geworden, während die Angabe der politischen Stellung des preuß. Ministeriums zu dem Fürsten v. Bismarck, wie sie von vornherein gegeben war, der Sache nach allerdings in voller Kraft bestehen bleibt.

Aus den Widersprüchen des genannten Organs wird nun mit Unrecht gefolgert, daß bei Erlaß der Allerhöchsten Ordre vom 21. v. M. an die schließliche Lösung noch nicht gedacht worden sei, und daß zwei verschiedene Richtungen innerhalb der Regierung bis zur letzten Entscheidung mit einander gerungen haben. Von einem solchen Gegensatz oder Kampf ist in Wahrheit absolut nicht die Rede gewesen. Der Widerspruch in der „Prov.-Corr.“ beruht lediglich darauf, daß dieselbe bei ihrer ersten Mittheilung zwar über die wesentliche politische

Richtung der beabsichtigten Regelung, nicht aber in Betreff der Entstehung und Bedeutung der Allerhöchsten Ordre vom 21. v. M. so zuverlässig und vollständig, wie sonst, unterrichtet war und demzufolge die vorläufige Anordnung Sr. Majestät, durch welche bei der Enthebung des Fürsten Bismarck vom Präsidium nur die zunächst erforderliche Vorseorge getroffen werden sollte, irrtümlich zugleich als eine definitive Bestimmung über das Präsidium ansah.

Wenn in der „Prov.-Corr.“ vom 27. v. M. angedeutet worden ist, daß die damalige Allerhöchste Entscheidung in Uebereinstimmung mit den Anträgen des Fürsten Bismarck erfolgt ist, so kann mit gleicher Bestimmtheit versichert werden, daß die Ernennung des Grafen v. Koon zum wirklichen Ministerpräsidenten nicht bloß durchaus den Wünschen des Reichskanzlers entspricht, sondern auch bereits bei dem Erlaß der Allerhöchsten Ordre vom 26. v. M. bestimmt in Aussicht genommen war und nur deshalb nicht sofort erfolgte, weil vorher die definitiven Entschlüsse Sr. Majestät in Betreff derjenigen Anordnungen gefaßt sein sollten, durch welche dem Grafen v. Koon bei der Uebertragung der ihm zugeordneten neuen Funktionen eine Erleichterung seiner bisherigen Arbeitslast zu gewähren war.

Weit entfernt, daß es sich bei den getroffenen Entscheidungen um irgend einen Widerstreit der Einschlüsse und Wünsche gehandelt hätte, beruhen die Allerhöchsten Entschlüsse vor Allem darauf, daß kein anderer Staatsmann in demselben Maße wie Graf v. Koon nach seiner bisherigen Gesamtwirksamkeit und nach seiner persönlichen Vertrauensstellung zu dem Fürsten v. Bismarck die Gewähr und Bürgschaft dafür gibt, daß er unter eigenem Namen und unter eigener Verantwortung in Wahrheit die Politik des Reichskanzlers in Uebereinstimmung mit dessen Sinn und Geist in jeder Beziehung fortzuführen Willens und im Stande sei, daß er, mit dem Verzicht auf eine großartige selbstständige Handhabung des Steuerruders, doch freudig die volle Mitwirkung und Verantwortlichkeit für eine Politik übernehme, deren höchste und folgenreichste Bethätigung auf dem Boden des gesammten deutschen Reiches zu erfolgen hat, deren maßgebende Grundsätze und Gesichtspunkte aber auch in der inneren preuß. Entwicklung und demgemäß in der Leitung des preuß. Staatsministeriums zur Geltung gelangen müsse. Daß dies auch in Zukunft geschehe, das ist die Aufgabe, welche durch das Vertrauen Sr. Majestät im vollen Einverständnis mit dem Fürsten v. Bismarck dem Grafen v. Koon übertragen worden ist, und welche er in selbstloser Hingebung für den öffentlichen Dienst in der Voraussetzung übernommen hat, bei ihrer Lösung von allen denen unterstützt zu werden, denen des Vaterlandes Heil und Größe wichtiger ist, als jedes persönliche Interesse.“

Berlin, 9. Jan. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Handelsminister hat einen Plan zum Bau eines Gewerbemuseums vorgelegt, außerdem ist eine von einigen dreißig Abgeordneten unterzeichnete Interpellation eingegangen, betreffend die gegen die Presse wegen Abdrucks der päpstlichen Allocution ergriffenen Maßregeln. Die Interpellation soll morgen verlesen werden. Das Haus setzt die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Auf eine Anfrage Wedell-Behlingsdorff's Namens der conservativen Fraction, betreffend die Nachricht von der Maßregelung von Landräthen wegen ihrer Abstimmung bei der Kreisordnung, erwiderte der Minister des Innern: Amtlich seien die Landräthe nicht vor die Alternative der Abdankung oder Mandatniederlegung gestellt, aber wenn königliche Beamte gegen die Regierung stimmten in einer Frage, auf welche sie solches Gewicht lege, wie auf die Kreisordnung, werde nothwendig ein Riß zwischen der Stellung als Abgeordneter und Beamter hervorgebracht. Um darzuthun, daß sie sich dessen bewußt waren, habe es für jene Landräthe die Auskunftsmittel der Enthaltung von der Abstimmung und der Mandatniederlegung gegeben. Der Minister habe nur vertraulich, nicht aus eigener Initiative, sondern gelegentlich, die persönliche Ansicht ausgesprochen, daß die betreffenden Abgeordneten in dieser Situation ihr Mandat niederlegen oder Dispositionsstellung gewärtigen müßten. Letzteres wäre um so unvermeidlicher, wenn diese Beamten der Ausführung der neuen Kreisordnung Schwierigkeiten bereiteten, wie nach ihrem Votum anzunehmen sei. — Laster hält es für natürlich, daß der Minister solche Beamte, die in wichtigen Fällen gegen die Regierung stimmten, nicht an einem untauglichen Platze lassen dürfe, dieselben sei aber ein Gesetz nothwendig darüber, daß Beamte, die zur Disposition gestellt werden können, kein Mandat zum Abgeordnetenhause annehmen dürfen. Nach

längerer Discussion, an welcher sich Reichenberger, Löwe, Parisius, Kardorff, Windthorst (Meppen), Friebehtal, Wedel und Sturm betheiligen, wird die Debatte geschlossen und der Commissionsantrag wegen Erhöhung der Landraths-Bureaukosten angenommen. — Der Ministerpräsident Graf Koon und der Cultusminister Fall treten in das Haus. Letzterer bringt eine Gesetzworlage ein, betreffend den Austritt aus der Kirche, bemerkend, daß die Vorlage sich auf alle Confectionen mit Corporationenrechte beziehe und den vom Hause bei der Petitionsberathung ausgesprochenen Grundsätzen entspreche, ferner ein Gesetzentwurf über die Fortbildung und Anstellung der Geistlichen, endlich einen solchen über die kirchliche Disciplinargewalt und die Errichtung eines höchsten Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Die Sitzung dauert fort. — Der Cultusminister hebt bei Einbringung seiner Vorlagen hervor, daß die Verfassung der evangelischen wie der katholischen Kirche völlige Selbstständigkeit garantire, was letzterer, Dank der Energie der katholischen Bischöfe und der Nachgiebigkeit der Staatsorgane, die größte Unabhängigkeit gebracht habe. Der Staat sei erst, den neuesten nach hervorgetretenen Präntensionen Roms gegenüber, der Pflicht der Selbsterhaltung bewußt geworden, er muß seinen Bestand gefährdende Angriffe zurückweisen. Trotz der vorhandenen, seit 20 Jahren entstandenen Schwierigkeiten müßten Schritte hierzu gethan werden. Der Minister constatirt, daß bei den heute eingebrachten Gesetzen das Ministerium nicht gespalten gewesen sei, seine Entschlüsse vielmehr in voller und freier Einmüthigkeit sämmtlicher Mitglieder gefaßt habe. Nach einer umständlichen vom Hause auf's beifälligste aufgenommenen Charakterisirung der Gesetzworlagen, welche eine grundsätzliche Regelung herbeiführen, nicht bloße Nothgesetze sein sollen, ergreift der Ministerpräsident das Wort: „Er habe für König und Land schädlich wirkende Zweifel zu beseitigen.“ An die vorgestrichene Discussion anknüpfend und auf seine 13jährige Amtsthätigkeit zurückblickend, bemerkt der Ministerpräsident: Es sei undenkbar, daß der preussische Ministerpräsident nach Osten steuere, während der Reichskanzler nach Westen lenke. Er habe 10 Jahre opferfreudig mit dem Fürsten Bismarck zusammen gearbeitet, und solle das Land heute schädigen können? Solches Mißtrauen habe er nicht verdient; er habe die Verfassung beschworen und wolle das Wohl des Landes so ehrlich wie irgend Jemand. Die Parteiunterschiede hätten sich seit 13 Jahren verwischt, sollte sich hier nicht lieber eine Partei der ehrlichen Leute bilden? „Ich gehöre dieser Partei an. Die Verwirrung entstand aus dem Mißtrauen über die Art des Uebergangs des Präsidiums. Diese Vorgänge sind unverfänglich. Nur die Erscheinung will ich besprechen, daß der Kriegsminister den Abschied forderte, nicht als Gegner der Kreisordnung, sondern aus Müdigkeit, um jüngeren Kräften zu weichen. Wenn der Wille des Königs entgegnetritt, muß ich meine Pflicht thun, ich kann nicht der Arbeitseinstellung huldigen. Bei der Berathung der Kreisordnung traf mich ein heftiger Krankheitsanfall, welcher mein Abschiedsgesuch veranlaßte. Die Annahme der Kreisordnung aber habe ich für unbedingt erforderlich gehalten.“ (Beifall.) Hierauf wird die Berathung des Etats ohne Zwischenfall fortgesetzt, bis um 3 1/2 Uhr die Sitzung auf morgen vertagt wird.

Ausland.

Basel, 8. Jan. In den schweizer Blättern, namentlich den „Baseler Nachrichten“, wird vom Bundesrathe die Internirung der nach Rohrschach geflüchteten bayerischen Ultramontanen, des Redacteurs Karl Zander und des Kammerherrn v. Linden gefordert.

Paris, 9. Jan. Corcelle acceptirte den Gesandtschaftsposten in Rom.

Versailles, 8. Jan. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam der Antrag Broglie's, betreffend die Wiederherstellung eines oberen Rathes für den öffentlichen Unterricht, zur zweiten Berathung. Brisson protestirte gegen die Einföhrung der Diener der Religion in den Rath und forderte Säkularisirung des Unterrichts. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, wurde die Sitzung geschlossen. Morgen wird Dupantouy sprechen.

Bayonne, 7. Jan. Die Eisenbahnverbindung zwischen Miranda und Bilbao ist durch eine Carlistenbande zerstört; ein zwischen Alasna und Pampelona gelegenes Stationsgebäude wurde von ihnen mit Petroleum in Brand gesteckt, die Bahnbeamten wurden gefangen fortgeführt. — Die Bahnbediensteten der nordspanischen Eisenbahn haben sich in Folge dessen geweigert, den Dienst fortzusetzen.

